



**Pressemitteilung der Union
Luxembourgeoise des
Consommateurs**



(Lëtzebuenger Konsumenteschutz)

Die ULC fordert Stop des Kaufkraftverlust!

Laut den neuesten Zahlen des Statistischen Amtes (Statec) liegt die derzeitige durchschnittliche jährliche Inflationsrate bei 6,76 %, gegenüber 7,43% im Vormonat dieses Jahres. Angetrieben wird die Preisspirale vor allem durch die Energiepreise, ins besonders die Spritpreise und die Verteuerung der Lebensmittel. Dies als eine direkte Konsequenz aus dem Ukraine Konflikt und dem damit u.a. verbundenen Rohstoffmangel.

Laut den zentralen Prognosen des Statistischen Amtes wäre somit noch vor Ende dieses Jahres mit dem Erfall einer weiteren Indexranche zu rechnen, wahrscheinlich im Monat Dezember.

Das am 31. März dieses Jahres unterzeichnete Tripartite-Abkommen sieht vor, dass, sollte es nach der auf April nächsten Jahres verschoben, bereits erfallenen Indexranche von Ende Juni, noch zu einer weiteren Indexranche kommen, Regierung, Gewerkschaften und Patronat zusammenkommen.

Die ULC ihrerseits fordert angesichts der stark geschrumpften Kaufkraft der Verbraucher, dass im Falle einer zusätzlichen Indexranche, diese zeitgleich auszuzahlen wäre. Das Indexsystem muss laut der ULC im Interesse der Verbraucher wieder seinen normalen Weg finden.

Mindestens 25% der Luxemburger Haushalte leben unter beziehungsweise an der Armutsgrenze, sowie ebenfalls die Mittelschicht immer mehr Probleme hat, monatlich über die Runden zu kommen. Und nicht genug damit, dass die Konsumenten bisher schon genug Opfer gebracht haben, angesichts der hohen Energiepreise und der Verteuerung der Lebensmittel, kommen nun auch noch die Zinserhöhungen hinzu. Bei vielen Verbrauchern geht es schlichtweg um die nackte Existenz.

Man kann nun darüber diskutieren, welche Gehaltsklassen zur Mittelschicht gehören. Verschiedene Aussagen diesbezüglich lassen die ULC jedoch aufhorchen und man fragt sich, in welcher Parallelwelt verschiedene politischen Verantwortliche leben.

Desweiteren fordert die ULC angesichts der immer noch hohen Spritpreise eine Erhöhung der staatlichen Subvention von 7 auf 15 Cent pro Liter, zumindest so lange bis die Energiekrise abgeflaut ist.

Auch verlangt die ULC erneut eine Verdoppelung des maximalen Einkommensbetrages zur Erhaltung der „allocation de vie chère“, sowie endlich die Steuertabelle an die Inflation anzupassen.

Die Regierung ist aufgefordert zu handeln, andernfalls immer mehr Haushalte Gefahr laufen, unter die Armutsgrenze zu sinken.

Mitgeteilt von der ULC am 3.8.2022